Stolper Post

Tageszeitung für Stadt und Land

Amtliches Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 145 | Montag, den 23. Juni 1924. | 48. Jahrgang

Der „Meister" politischer „Synthesen.

Dr. Jul. Paul Köhler.

In Karlsruhe war es nun wieder, allwo Herr Reichsaußenminister Dr. Stresemann von neuem sich in der oratorischen Rettung Deutschlands durch seine höchstpersönliche Politik der weitesten geistigen Synthese (nach links) versucht hat. Wenn im „Deutschen Führer" vom 20. Mai in einem Artikel „Klarheit über Politik und Wirtschaft" angedeutet wurde, daß Herr Dr. Stresemann nach aller Wahrscheinlichkeit bereits vollkommen auf den „wirtschaftlich-politischen" Boden im Sinne der „Mitte" und linken Parteien gebracht worden sei, so scheint er dies nunmehr auch von sich aus bestätigen zu wollen. Gewiß, es ist das alte, bekannte Lied: Nationale Sentiments nach rechts, „Realpolitik" nach links und in der Mitte er als Klügster der Klugen, dem es auf staatsmännische Ueberbürdung kraft der Heilkunst seiner synthetisch-taktischen Begabung gar nicht ankommt. Er wird durch die ihm eigene Beurteilung der innerpolitischen Verhältnisse nationalpolitisch von Grund auf nur Hemmungen erhalten und weiterschaffen, anstatt seine Taktik in Auswertung jener mächtigen geistigen Bewegung zu versuchen. Er wird ohne Zweifel auf Grund seiner innerpolitischen Ausfallstellung den anonymen internationalen Wirtschaftsmächten förderlicher sein, als er selbst wollen wird. Stresemann predigte die Politik der Wirtschaft. Er denkt sich dies theoretisch gewiß als Kompromiß. Praktisch aber stärkt er die außenpolitischen Ziele der wirtschaftlichen Internationalen. Denn seine wirtschaftliche Diplomatie wird nicht vom klaren nationalpolitischen Geiste bestimmt, sondern von einem undurchsichtigen, ziellosen Gemengsel nationalisierender Phraseologie und weltwirtschaftspolitischer Spekulationen. Das schwankt und bebt wie der heiße Boden der Weltgeschichte. Nun ja: Damit bleibt er auf der Grundlage seiner politischen Vergangenheit.

Und das geschichtliche Milieu verändert sich eben im Laufe der Zeit. Sehr richtig. Heute sind es „Weltwirtschaftsinteressen", morgen werden es weltpolitische Spannungen der großen Mächte sein. Man sieht, Herr Dr. Stresemann schwankt tatsächlich. Er wird sogar deutlich, für einen Außenminister seiner allernächsten „taktischen" Absichten schon allzudeutlich. Aber freilich, wie könnte ein Deutschland vom Geiste der „Mitte" und linken Parteien irgend einer Weltkonstellation jemals gefährlich werden! Was sich Herr Dr. Stresemann zwischen den Sätzen denken mag, bleibe dahingestellt. Es genügt, die Wirkungen seiner Politik zu kennen und zu kritisieren. Die Frage lautet im Grunde warhaftig so klar und einfach: glaubt er an die Eigenbedeutung des nationalen Lebenswillens, und wie verträgt sich damit seine Hoffnung, mit nur — wirtschaftlichen Mitteln in solcher Gesinnung politisch das zu erreichen, was der Nation tatsächliche Möglichkeiten ihrer ganzen politischen Existenz läßt?

Glaubt er an die Weltanschauungsära, der keine Nation entrinnen könne, so braucht man ihn trotz aller internationalen Gefahren um solche politische Primitivität nicht zu beneiden. Aber man darf dann fragen, wie diese Tendenz, der eine deutsche Politik sich fatalistisch ergibt, sich denn mit seiner nationalisierenden Geistigkeit vertrage! Wie kann ein Weltwirtschaftsprovinz gewordenes Deutschland Hoffnungen auf zukünftige Konstellation haben? Der Geist jener Parteien, denen der Reichsaußenminister Gefolgschaft leistet, wird, gerade durch ihn innen- und außenpolitisch konserviert, solche Möglichkeiten schon „umzubiegen" und abzublasen wissen. In Europa wird gewiß nichts Umwälzendes ohne die großen Mächte — einschließlich der anonymen internationalen Kapitalmacht geschehen, deren Politik stets ein wachsames Auge für die niedergebrochenen Nationen haben wird und nicht blindlings sich in „isolierte" Konflikte begeben dürfte. Herr Dr. Stresemann unterschätzt die europäische Bedeutung Deutschlands in diesem Falle doch recht sehr. Ohne eigenpolitischen Willen und seine Bekundung hat Deutschland von keiner „Konstellation" etwas zu hoffen. Im innen- wie außenpolitischen Ansatzpunkt muß dieser sich durchsetzen und durchzusetzen versuchen. Hinter der oratorischen Orakelhaftigkeit Stresemanns verbirgt sich nur wippende Beweglichkeit ohne erfolgversprechenden Ansatz und Zielpunkt. Sein politischer Alexandrinismus (kommt nicht von Alexander dem Großen) wird auch dadurch nicht gerechtfertigter, daß man es immer wieder wagt, jeden ernsten und besonnenen Willen zur nationalen Leistung in sentimentaler Gefallsucht nach links als „verantwortungslose Opposition" abzutun. Herr Dr. Stresemann ist es gerade, der schon lange im Begriff ist, sich ausschließlich in Redensarten zu ergehen.

———:———

Geßler gegen Nollets Lügen.

Berlin, 21. Juni. Der Reichswehrminister Dr. Geßler hatte heute eine Unterredung mit einem Vertreter der Hearst Presse, in der er ausführte:

Mit Beginn der Regierungskrise und der Zurückdrängung der Rechtsparteien in Frankreich hat dort ein Pressefeldzug eingesetzt, dessen deutlich erkennbare Ziele auf der Hand liegen.

Es gilt erneut, die Weltmeinung in der Frage der deutschen Rüstungen zu vergiften. Von dem „Matin" und der „Daily Mail" in Szene gesetzt, von allen französischen Zeitungen gierig aufgegriffen und auch von der englischen Presse mehr oder minder kritiklos wiedergegeben, sind eine Fülle von Nachrichten, Artikeln und Telegrammen erschienen. Sie tragen Ueberschriften wie „Deutschlands militärische Wiedergeburt", „Ausbildung der jungen Jahresklassen", „Das Krümpersystem", „Die Mobilmachung ist fertig". Schließlich bekannte sich der „Matin" zu der Behauptung, daß Deutschland moralisch und materiell für eine sofortige Mobilmachung bereit sei.

Derartige plötzlich lawinenartig anschwellende Meldungen sollen der Welt den Anschein geben, als ob ebenso plötzlich und gegen Deutschlands wahre Lebensinteressen ein fieberhafter Rüstungswahn in Deutschland eingesetzt hätte, und das zu einer Zeit, wo Deutschland ebenso wie alle anderen am wahren Frieden interessierten Mächte zur endgültigen Durchführung der brennenden Wirtschaftsfragen einer ruhigen und unvergifteten Atmosphäre benötigt; alle diese Nachrichten entbehren natürlich jeder Grundlage. Deutschland hat abgerüstet. Es fehlt ihm jede materielle Möglichkeit, um Krieg führen zu können.

Frankreich hat ein Heer von mehr als 700 000 Mann, Deutschland ein solches von nur 100 000 Mann. Frankreich hat schwere Artillerie, Tanks, Tausende von Fliegern, Deutschland hat keinerlei solche Waffen, ohne die ein Krieg überhaupt nicht geführt werden kann. Es wäre für die so wichtigen Entscheidungen der nächsten Wochen überaus schädlich, wenn dieser Hetzfeldzug, der die Besprechungen Herriot-Macdonald in Chequers beeinflussen soll, von Erfolg gekrönt wäre, und wenn die Atmosphäre der kommenden Verhandlungen unter der Rückwirkung dieser Hetze stände.

Es ist unbegreiflich, warum der Reichsminister sich nur gegen die französische Lügenpresse wendet, nur auf das französische Heer hinweist, nicht auf Frankreichs Marine und Kolonialmacht aufmerksam macht und so vorsichtig an Nollet vorbeigeht. Lügenbolde braucht man doch nicht mit Glanzlederhandschuhen anzufassen.

Dummdreiste Hetze.

„Matin" bringt an leitender Stelle einen neuen Artikel zu den angeblichen Kriegsvorbereitungen Deutschlands. Die Ausführungen des Blattes gipfeln in der Forderung nach Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle. Das Blatt behauptet, Deutschland sei in der Lage, 100 Divisionen zu bewaffnen, wenn mit der Kontrolle auch nur 10 Monate ausgesetzt werde. Tatsächlich ruht sie aber bereits seit 18 Monaten.

Der „Neuyork Herald" veröffentlicht ein Telegramm aus Berlin, das besagt, die Auffassung der deutschen Antwort auf die letzte Note der Botschafterkonferenz betreffend die Militärkontrolle ergeben ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kabinett einerseits und der Militärbehörde andererseits. Letztere beharrt nach wie vor auf einer Ablehnung der Note. Verschiedene höhere Offiziere der Armee haben für den Fall, daß die Note doch angenommen wird, mit ihrem Rücktritt gedroht. Einzelne Blätter verzeichnen die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung, zu der die Berliner Regierung im Falle einer parlamentarischen Niederlage schreiten würde.

———:———

Eine deutsche Denkschrift.

Ueberreichung in London und Paris.

Der „Petit Parisien" meldet aus London, daß der deutsche Botschafter in London, Sthamer, am Freitag im Foreign Office Macdonald ein langes Memorandum der deutschen Regierung überreicht habe, in dem, wie man in Londoner politischen Kreisen annimmt, die Bedingungen auseinandergesetzt sind, unter denen die Berliner Regierung geneigt sein werde, an der Inkraftsetzung des Sachverständigenberichtes mitzuarbeiten. Diese Demarche, so schreibt der „Petit Parisien", die am Vorabend der Ankunft Herriots erfolgt sei, wäre von außerordentlicher Bedeutung, und die eventuelle Haltung Deutschlands wird die Aufmerksamkeit der beiden Premierminister bei ihren bevorstehenden Besprechungen besonders beschäftigen.

Wer entscheidet über die Räumungsfristen?

Paris, 21. Juni. Die Blätter sind voll von Angaben über die bevorstehende Absicht Herriots, sich nach London zu begeben. Nach dem Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris" rechnet Macdonald bestimmt damit, daß er Herriot, der der Vorbehaltung des Sachverständigenberichtes zugestimmt habe, zur Räumung des Ruhrgebietes werde überreden können. Der englische Premier werde nicht verfehlen, bei Behandlung der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die im Artikel 439 des Versailler Vertrages vorgesehene Räumung des Rheinlandes zur Sprache zu bringen. nach der englischen Auffassung müßte mit der Rämung des Kölner Brückenkopfes noch im Laufe dieses Monats begonnen werden. Der französische Standpunkt lautet jedoch dahin, daß die Räumungfrist infolge der Nichterfüllung Deutschlands noch nicht abgelaufen ist. Es bestände nunmehr die Annahme dafür, so meldet der Korrespondent, daß Macdonald Herriot veranlassen werde, diese Frage dem Völkerbund zu unterbreiten. Der „Petit Parisien" erklärt zu der bevorstehenden Verhandlungen in Checquers: Der Punkt, worüber man sich vor allem einigen müsse, sei die militärische Besetzung. Die französische Regierung erklärte, daß nach dem Sachverständigenbericht die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit keinesfalls den Verzicht auf die militärische Besetzung in sich schließe. Macdonald erklärte, obwohl er die Besetzung des Ruhrgebietes niemals anerkannt hätte, den belgischen Ministern, er wolle nicht auf die Vergangenheit zurückkommen. Man müsse daraus schließen, daß ein Einverständnis auf der Grundlage der auf das Mindestmaß herabgesetzten Besetzung möglich wäre. Die Besetzung hätte progressiv nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtungen durch Deutschland zu Ende zu gehen.

Ein Schritt Hoeschs bei Herriot.

Vor der Abreise Herriots nach London hatte der deutsche Botschafter in Paris Hoesch noch eine neue Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten, in deren Verlauf von dem ungefähren Datum die Rede war, an dem die Räumung des Ruhrgebietes durchgeführt werden könnte, ferner von der Lage im Rheinland und Westfalen, sowie von den Verträgen im besetzten Gebiet. Diese Unterhaltung, die recht lange dauerte und die nach der Unterhaltung erfolgte, die zwischen Herrn de Margerie und Stresemann stattgefunden hatte, werde in unmittelbare Beziehungen gebracht mit den diplomatischen Bemühungen der deutschen Regierung, um von den Alliierten und insbesondere von Frankreich das formelle Versprechen zu erhalten, daß das Ruhrgebiet geräumt wird und gleichzeitig auch Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, und zwar in einer bestimmten Frist unmittelbar nach der Annahme der gesetzgeberischen Maßnahmen über die Ausführung des Sachverständigenberichtes durch den Reichstag.

Der Kanzler über die Völkerbundfrage.

London, 21. Juni. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph" hat gestern von höchsten Persönlichkeiten maßgebliche Aeußerungen über die zukünftige deutsche Politik erhalten, die in englischen Regierungskreisen erhebliches Aufsehen erregten. Reichskanzler Dr. Marx erklärte dem Journalisten daß die Frage des Eintretens Deutschlands in den Völkerbund noch nicht reif für Diskussionen scheine. Die organisatorischen und tatsächlichen Mängel des gegenwärtigen Völkerbundes sind derartig, daß die deutsche Regierung in dem Völkerbund nicht einmal eine Annäherung an die deutschen Ideale zu erblicken vermag. Aus diesem Grunde beeilt sich die Regierung keineswegs, dem Genfer Völkerbunde beizutreten. Andererseits sei sie zum Eintritt bereit, wenn dieser Eintritt von anderen Völkern gewünscht wird.

Die Stellungnahme des Kanzlers zum fortwährenden Drängen gewisser Auslandskreise zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund können wir nur begrüßen. Der Völkerbund ist alles andere, als eine ideale Institution. Der Kanzler hätte aber nicht mit seinem letzten Satz die ganze Erklärung umstoßen sollen.

———:———

Die Konferenz in Chequers.

Die hauptsächlichsten Probleme.

Der französische Ministerpräsident Herriot ist in Chequers, dem Landsitz Macdonalds, eingetroffen, um mit diesem die Lage zu besprechen. Herriot will dabei über folgende Fragen eine Einigung erzielen:

1. Welche Haltung werden die Alliierten einnehmen, wenn der Reichstag — was nach Angaben des Reichskanzlers Marx nicht unmöglich ist — die nötige Zustimmung zu den Gesetzen verweigert, die es den Experten ermöglichen, ihre Pläne auszuführen.

2. Welche Maßnahmen Mac donald Großbritannien nehmen zu lassen beabsichtigt, wenn Frankreich die Ruhr militärisch räumt für den Fall, daß das Dawessche Projekt zur Ausführung kommt, und nachher das Reich vorsätzlich seine Zahlungsverpflichtungen versäumt oder absichtlich seine Verpflichtungen nicht einhält.

3. Ob die Engländer beabsichtigen, die Kölner Brücken weiterhin besetzt zu halten für den Fall, daß die Deutschen beginnen, die Bedingungen des Dawesschen Projektes auszuführen, oder ob sie beabsichtigen, die Besatzung Ende Januar, also fünf Jahre nach der Ratifizierung des Versailler Friedens, zurückzuziehen.

4. Welche Art von Garantien Macdonald Frankreich anzubieten gedenkt, als Sicherheit im Völkerbund.

5. Welche neuen Vorschläge betreffs der Kriegsschulden Macdonald Frankreich anzubieten gedenkt, nachdem die von Bonar Law gemachten Vorschläge nicht mehr gelten.

Endlich will Herriot wissen, welche Haltung England gegenüber der Entwaffnungsfrage in Deutschland einzunehmen gedenkt, betreffs der Verstärkung der Kontrolle.

——:——

Der Fall Graff.

Das belgische Inquisitionsverfahren.

Die Frage nach der Schuld der Angeklagten Kaws, Schwirrat undEngeler rückt bei den jetzigen Vernehmungen zunächst in den Hintergrund. Die Beweisführung richtet sich noch darauf, daß die von den Belgiern Verurteilten nicht die Mörder Graffs gewesen sein können. Der Schupobeamte Raikowski berichtet als Zeuge über die eigenartige Rolle des Grabert bei den Vernehmungen vor den Belgiern. Als Grabert zu Raikowski in den Saal geführt wurde, sei er nicht wie ein Gefangener erschienen, sondern mit brennender Zigarette. Er habe Raikowski zu überreden versucht, die Aussage zu machen, die die Belgier wünschten. Er sagte, es hat ja doch keinen Zweck, sage nur ruhig, du seiest dabei gewesen. Als der Zeuge an denZellenfenstern im belgischen Gefängnis Gesichter seiner Kollegen erkannte, erhielt er einen Faustschlag ins Genick und wurde mit Gummiknüppeln geschlagen. Als er Leutnant Reinhardt durch das Zellenfenster grüßen sah, erhielt er von neuem Schläge.

Die nächste Zeugin ist die Frau des von den Belgiern verurteilten Leutnants Reinhardt, der den Mordplan ausgeheckt haben soll. Sie sagt: Während der ganzen Zeit, in der der Mord geschah, sind wir, mein Mann und ich, bis gegen 1 Uhr nachts mit den Bewohnern in unserem Hause, Herrn und Frau Major Moog, zusammen gewesen. Ihr Gatte habe ihr gegenüber immer seine Unschuld betont und habe ihr aus der Haft Mitteilung zukommen lassen, die besagte, daß Leutnant Sander den wirklichen Täter kenne. Die Zeugin Moog kann sich den Zusammenbruch Reinhardts, der in dem von ihm abgegebenen Geständnis vorliege, nur so erklären, daß er die Verwirklichung der belgischen Drohung verhindern wollte. Es wird dann als weitere Zeugin das ehemalige Dienstmädchen des Reinhardt vernommen; schließlich erschienen noch andere Schupoleute als Zeugen.

Am Sonnabend wurde zunächst ein Frl. Gabriel vernommen, eine Freundin des von den Belgiern verurteilten Schupobeamten Grabert. Nach der Schilderung der Gabriel kann Grabert nicht in Frage kommen, da sie mit ihm in der Zeit von 11,20 bis 12,45 Uhr zusammen war. Die Zeugin hat auch den Belgiern eine eingehende Schilderung gegeben. Nach dem Verhör schlug einer der Belgier auf den Tisch und sagte: Was Sie heute gesagt haben, werden Sie bitter bereuen. Sonderbarerweise ist die Zeugin dann später von den Belgiern zur Hauptverhandlung nicht geladen worden.

——:——

Aufklärung des Matteotti-Mordes.

Geständnis der Mörder.

Wie Messagero berichtet, hat jetzt Dumini, einer der Mörder Matteottis, ein volles Geständnis abgelegt. Er bezeichnet als Auftraggeber den früheren Pressechef Rossi, den Herausgeber des Corriere Italiano, Filippeli, und den Finanzverwalter der Faszistenpartei, Mariselli. Als Täter kommen neben Dumini die vier anderen bekannten Individuen in Betracht.

Matteotti wurde sofort, nachdem er ins Auto geworfen worden war, ermordet. Das Auto setzte alsdann seine Fahrt mit der Leiche bis zum Bibo fort, wo sie in dichtes Gestrüpp geworfen wurde. Die Mörder kehrten alsdann, um sich ein Alibi zu schaffen, eilends im Auto nach Rom zurück. wo Dumini dem Filippelli Bericht über den Ausgang der Expedition erstattete. Filippelli hielt es jedoch nicht für klug, die Leiche offen im Walde liegen zu lassen, und beauftragte den Redakteur des „Corriere Italiano", Galassi, zusammen mit einem der Mörder, Volpi, in einem Auto die Leiche wieder aus dem Gestrüpp herauszuholen und beiseite zu schaffen. Diese beiden sollen alsdann den Leichnam verbrannt haben.

Der katholische Popolo d'Italia bringt eine Aufsehen erregende Erklärung zu dem Fall des italienischen Innenministers Finzi. Das Blatt behauptet, daß seine erzwungene Demission ein Werk der Freimaurerloge in Rom sei, weil sich Finzi geweigert habe, nach seinem Regierungsantritt den Einladungen auf Beitritt in die Loge Folge zu leisten. Sowohl der Unterstaatssekretär des Ministerpräsidenten, Acerbo, wie auch der Pressechef Rossi und auch andere Persönlichkeiten gehörten der Loge an. Aus diesem Grunde sei auch der Haftbefehl gegen Rossi verzögert worden. Als der Skandal wegen des Verschwindens Matteottis ausbrach, habe sich der Unterstaatssekretär Acerbo zunächst eifrig für die Entlassung Finzis verwandt, um angeblich die in die Angelegenheit verwickelten Freimaurer zu retten. Nach dieser Mitteilung des Messagero soll sich der Pressechef Rossi nicht in Tosca, sondern in Rom bei Freunden versteckt aufhalten.

——·——

Die Völkische Woche.

Berlin, 21 Juni. Da der als Gegenredner in Aussicht genommene Abgeordnete Mumm wegen Unpäßlichkeit abgesagt hatte, wurde sogleich in die Diskussion eingetreten. U. a. bedauerte Geheimrat Ponsik, daß der Vortrag Dr. Riedlich nur vom protestantischen Standpunkt ausgegangen sei. Wenn aber die völkische Bewegung nicht an die deutschen Katholiken herankäme, würde sie versanden. Der Gedanke eines deutschen Christentums müsse auch den Katholiken annehmbar gemacht werden, wenn es auch sehr schwierig sei. Man denke nur an das herrliche völkische Bayerntum.

Die weiteren Erörterungen bewegten sich meist in rein theologischen Bahnen. U. a. drehten sie sich aber auch um die Frage, ob das Alte Testament weiter als Erziehungsmittel der Jugend benutzt werden soll. Die Mehrzahl lehnte die Weiterbenutzung ab.

In seinen Schlußworten bezeichnete Dr. Riedlich Jesus als einen Tatmenschen, der kein Mystiker gewesen sei. Der Redner bemängelte, daß die Predigttexte für die deutschen Tage stets dem Alten Testament entnommen würden. Der Fluch unserer deutschen Geschichte sei es, daß Deutsche mit ihrer Treue und Heldenhaftigkeit immer auch in der gegnerischen Seite ständen. Unser ganzes Volk sei den Juden versklavt. Der Redner schloß mit Worten der Zuversicht und des Vertrauens in die deutsche Jugend. Ihm wurde lebhafter Beifall zuteil. —

Damit hat die Völkische Woche ihren Abschluß gefunden.

——:——

Deutsches Reich.

Neue Bestimmungen gegen Zeitungen. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat sich die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924, nach der „zur Abwehr von Bestrebungen auf gesetzwidrige Aenderung der Verfassungsmäßigen Staatsform gegen Zeitungen eingeschritten werden konte, als unzulänglich erwiesen. Deshalb hat nach Anhörung aller Landesregierungen auf Vorschlag der Reichsregierung der Reichspräsident die Verordnung vom 28. Februar 1924 dahin ergänzt, daß in Zukunft ein Einschreiten gegen eine periodische Druckschrift auch dann möglich ist, wenn durch ihren Inhalt zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen oder zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich Andersdenkende aufgefordert oder angereizt wird. Ferner ist durch die neue Verordnung bestimmt, daß das Verbot jeder periodischen Druckschrift auch jede angeblich neue Druckschrift umfaßt. die sich sachlich als die alte darstellt, ebenso die im gleichen Verlage wie die verbotene Druckschrift erscheinenden Kopfblätter verboten und unter Strafe gestellt ist ferner auch die Zustellung eines Ersatzblattes an die Bezieher der verbotenen Druckschrift.

Anträge der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die gegenwärtige Neuregelung der Beamtengehälter dahin zu ergänzen, daß

1. für die Beamten der niedrigeren Gehaltsstufen durch eine den notwendigen Lebensbedürfnissen Rechnung tragende Erhöhung der Bezüge der erforderliche Ausgleich geschaffen wird,

2. die sozialen Zulagen (Frauen- und Kinderzulagen) allgemein erhöht werden.

Der Reichstag wolle beschließen:

1. die Beamten-Personal-Abbau-Verordnung vom 27. 10. 23 einschließlich der darin enthaltenen Bestimmungen über die Pensionskürzung wird aufgehoben.

2. Die Regierung wird ersucht, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unter Wahrung der Grundrechte der Beamten, diejenigen Vorschriften der bisherigen Verordnung zusammenfaßt, die für die Zukunft noch unentbehrlich sind.

Der Reichstag wolle beschließen:

Den Witwen von Ruhegehaltsempfängern ein Witwengeld auch dann zu gewähren, wenn die Ehe noch nach der Versetzung in den Ruhestand geschlossen ist.

Um die Zukunft der Reichsbahnen. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und der Deutsche Eisenbahnerverband haben an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, da die Befürchtung besteht, daß mit der Umwandlung der Reichsbahnen in eine Aktiengesellschaft unter Kontrolle des Auslandes die bisherigen Rechte der Beamten aufgehoben werden. Die Beamten der deutschen Reichsbahn fordern, auch in Zukunft unmittelbare Reichsbeamte zu bleiben und in den Dienst- und Personalvorschriften nicht ungünstiger gestellt zu werden, als die Reichsbeamten. Der übernommene Beamtenkörper darf hinsichtlich seiner Zahl nicht unter den Stand vom Tage der Uebernahme herabsinken. Werden die von der Gesellschaft übernommenen Verpflichtungen nicht eingehalten, so tritt das Reich für ihre Erfüllung ein. Für die Angestellten und Arbeiter der Reichsbahn sind analoge Bestimmungen zu treffen.

Ein „bedenkliches Zeichen". Unter dieser Ueberschrift wendet sich das Parteiorgan der Deutschen Volkspartei, die „Zeit", gegen Zentrum und Sozialdemokraten, weil diese bei der Beratung der preußischen Städteordnung im Landtagsausschuß fast alle Verbesserungsanträge der Deutschen Volkspartei abgelehnt haben. — Allmählich scheint also auch bei gewissen Leuten der Volkspartei die Erkenntnis heraufzudämmern, daß man den Herren Koalitionsfreunden zu Linken zwar nicht unwillkommen ist, wenn es gilt, Regierungen zu bilden, die einer Vergewaltigung der Volksmeinung gleichkommen, — die man aber sonst insbesondere in sachlichen Fragen durchaus kein Entgegenkommen von dieser Seite zu erwarten hat. Das ist allerdings bedenklich — für die Deutsche Volkspartei.

Reichsjugendlandbund. Eine in Berlin im großen Sitzungssaal des Reichs-Landbundes zusammengetretene Tagung des Jugendausschusses des Reichslandbundes kam nach kur-

Porath

Backpulver - zuverlässige höchste Triebkraft

Vanillinzucker - zum Backen und Kochen

Pflicht.

Erzählung von Else Kraft.

8 Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Wochen, Monate kamen und vergingen.

In die Wohnung der Exzellenz kamen nur wenige Menschen. Ein paar alte Damen kehrten wohl ab und zu für ein Plauderstündchen ein, hier und da ein junger Gast aus Höflichkeit oder Pflichtgefühl, die meisten Tage aber gingen gleichmäßig und eintönig an Gerda vorüber.

Sie gingen selten aus. Sie hatte Angst vor dem lauten Getriebe der Großstadt, vor den dreisten Blicken und Anreden auf der Straße und auch vor ihrem eigenen Herz, das inmitten des Glanzes da draußen jedesmal schmerzhaft zusammenzuckte.

„So ist die Welt, dachte sie dann wohl, wenn sie Equipagen mit eleganten Menschen sah, vornehme Cafees und Restaurants, durch deren Glasscheiben nach der Straße zu lachende Gesichter schauten. „So ist die Welt, die dich vergessen hat, so schaut das Leben, das Glück aus, dieweil du hungern mußt nach diesen Freuden." Darum fürchtete sie sich vor jedem Ausgang. Zu Haus, in den stillen Räumen der Exzellenz hatte sie nicht viel Zeit zu diesen Gedanken. Da lernte sie arbeiten, da begriff sie allmählich, was es heißt, Pflichten haben.

Weihnachten war ein Paketchen aus der Heimatstadt gekommen. Inmitten ihrer von neuem erwachten Trostlosigkeit am heiligen Abend hatten Wagners Christgeschenke gesandt. Ein Buch, eine gestickte Schürze von der Freundin und ganz zu unterst, in Süßigkeiten und Tannengrün versteckt, ein — Bild, Anni, die Frau und ihr Sohn darauf.

Gerda war damit in den äußersten Winkel ihres Stübchens geflüchtet, Und sie hatte geweint, als ob ihr das Herz brechen mußte. Sie wußte nicht, ob das Leid oder Freude war, aber es floß so viel mit diesen heißen Tränen fort. was immer noch wie eine schwere Last ihre Seele bedrückt hatte.

Heinz Wagner hatte seinen Namen hinter das Bild geschrieben, dicht über dem der Schwester.

„Fröhliches Fest!" las Gerda mit zuckenden Lippen wieder und wieder. Und in dem Gedanken, „er schreibt an dich, er zeigt dir, daß er nicht allzusehr mehr zürnt," wachte wirklich ein Freuen in ihr auf. Zaghaft zwar noch und klein, aber sie war doch da, diese reine Freude über das Stück Daheim.

Zu Neujahr hatte Gerda wieder eine Ueberraschung.

Anni war Braut geworden. Das liebe gute Mädel hatte ihren Oberlehrer bekommen, für den sie seit Jahren heimlich geschwärmt.

Gerda regte sich sehr darüber auf. Um so mehr, da in ihr etwas Seltsames, Neues gekommen war, von dem sie nicht wußte, wie sie sich dagegen verhalten sollte.

Ein Neffe der Exzellenz, ein Regierungsassessor, der nach Berlin versetzt worden war, hatte der Tante kurz vor Weihnachten seinen Besuch gemacht. Seitdem kam er oft und schien auch gern zu kommen. Er konnte unermüdlich mit der alten Dame Whist und Sechsundsechzig spielen, brachte ihr Blumen, Geschenke und behandelte auch Gerda mit einer Aufmerksamkeit und Zuvorkommenheit, die dem verwaisten Mädchen unendlich wohl tat

Es war ein ruhiger, ernster Mann, der gut zu sprechen und zu unterhalten verstand, und der niemals den Frieden des kleinen Haushaltes durch seinen Besuch störte.

War er fort, stimmte die Exzellenz jedesmal ein Loblied über diesen Neffen an, sprach von seinem großen Vermögen, seiner glänzenden Karriere und freute sich schon wieder auf den nächsten Besuch.

Gerda wurde jedesmal unruhiger nach diesen Besuchen.

Herr von Putlitz war der erste Mann aus den Gesellschaftskreisen ihres Vaterhauses, der ihr nach dem jähen Wandel allen Glücks wie einer Dame entgegenkam. Er sprach zu ihr in derselben liebenswürdigen Weise wie zu seiner Tante. Er brachte auch ihr Blumen, wenn die Exzellenz welche bekam, er tat ganz oder nahe so, als gehöre sie zu der alten Dame wie eine Tochter oder nahe Verwandte.

Das tat ihr wohl und ängstigte sie zu gleicher Zeit. Sie war so klein geworden nach dem Unglück, und es geschah seltener und seltener, daß sie bei den Dienstleistungen in ihrer Stellung mit einem stolzen „Nein" den Kopf erhob, „so etwas habe ich nicht nötig zu tun". Mutlos und müde war sie geworden in dieser Zeit, da alle Sehnsucht schlafen mußte.

Der Regierungsassessor blickte sie oft so seltsam an, vor seinen dunklen, bewundernden Blicken durchlief oft ein Beben ihren Leib und drängte das Blut heiß und schwer in ihr Gesicht.

Sie fühlte, daß er sie schön fand, daß ihm ihr helles Haar über dem schwarzen Gewande gefiel, und einmal hatte sie sogar vorn im Nebenzimmer von ihm selber sagen hören zu der Exzellenz:

„Deine Gesellschafterin, Tante, alle Achtung! Nicht allein ihre tadellose Figur, nein, auch ihr Gesicht ist zum Malen schön."

Wie eine Flamme hatten die Worte die unfreiwillige Lauscherin getroffen, selbst der abweisende Ton der alten Dame konnte ihr diese Erregung nicht mehr nehmen.

„Mein Gott, daß Ihr Männer auch nur immer nach dem Aeußeren seht! Es fällt mir noch immer sehr schwer, einen brauchbaren Menschen aus so einem verwöhnten Dinge zu machen, das nichts ist und nichts kann."

Seit dieser Stunde fürchtete sich Gerda vor dem Neffen ihrer Herrin. Was er wohl in ihr sah? Nur die Gesellschafterin seiner Tante, nur das vaterlose Kind des Bankrotteurs und Selbstmörders? Sie zitterte vor der Antwort. Er durfte sie nicht so ansehen, durfte ihre Hand nicht so lange und heiß festhalten beim Kommen und Gehen. Das stimmte nicht mit ihrer Mädchenwürde überein, mit dem ruhigen Gefühl freundschaftlicher Zuneigung und Sympathie, das sie bisher für den weltgewandten, liebenswürdigen Mann empfunden hatte.

Eines Sonntags nachmittags kam der Regierungsassessor schon sehr früh.

Die alte Dame hielt noch ihr Mittagsschläfchen, wobei sie nicht gestört sein wollte.

Gerda mußte allein im Salon mit dem Mann bleiben, der da aus der Februarkälte und Eis einen ganzen Frühling an Rosen in die Wohnung mitgebracht hatte.

Durch den Raum zog berauschend der Duft der Blumen, legte sich schwer auf den Atem der beiden jungen Menschen und ließ nur stockend ein Gespräch aufkommen.

Herr von Putlitz sah das Mädchen nur unverwandt an.

Es hatte über die schwarze Samtbluse zum erstenmal einen feinen, weißen Spitzenkragen gelegt, der das ernste Gesicht jünger, bezaubernder denn je machte.

Gerda stand am Tisch und ordnete die Rosen in einer Vase, dieweil er mit weit vorgebeugtem Oberkörper auf einem der niedrigen, geschnitzten Stühle saß, die überall umherstanden.

„Alles, was Sie anfassen, hat Schick," meinte er leise lächelnd.

Fortsetzung folgt.

zer Beratung zu dem Beschluß, den Reichsjugendlandbund zu gründen. Im Namen des Präsidiums des Reichs-Landbundes vom Präsidenten Abg. Hepp herzlich begrüßt, zeigte die stark besuchte Versammlung den Willen, in engster Zusammenarbeit mit dem Reichs-Landbund die Landbundjugend in einem eigenen Reichsjugendlandbund zusammenzufassen. Bei weitestgehender Uebereinstimmung der Ansichten war die allgemeine Aussprache darüber in wenigen Minuten beendet. Auch die Einzelberatung ging flott vonstatten.

Unterstützung der Saarbevölkerung. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beendete heute die Beratung des Haushaltes der Bergverwaltung. Auf Anregung des Ministers wurde von allen Parteien ein Antrag angenommen, die Arbeiter und Beamten des Saarbergbaues in der Wahrung ihrer nationalen Gesinnung mit aller Kraft zu unterstützen und alle Opfer des französischen Terrors im deutschen Bergbau unterzubringen und gegen alle Angehörigen des deutschfeindlichen Saarbundes, die im preußischen Staatsdienst sich befinden, disziplinarisch einzuschreiten.

Der großdeutsche Gedanke. Der österreichisch-deutsche Volksbund hielt seine diesjährige Bundestagung in Berlin im Reichstagsgebäude ab. In längerer Beratung wurden für die zukünftige Anschlußarbeit folgende Richtlinien festgesetzt: Abschluß einer Paßkonvention zwischen Oesterreich und Deutschland, wodurch die Angehörigen beider Staaten von dem Aus- und Einreisevisum befreit sein sollen. Antrag an die Regierung, die Rechtsangleichung zwischen beiden Ländern zu fördern, die zahlreichen Benachteiligungen in Deutschland ansässiger ehemaliger Deutschösterreicher in Fremdenrechtsfragen zu beseitigen, den Erwerb von Reichsstaatsangehörigkeit für die Angehörigen beider Länder zu erleichtern.

—:—

Gerichtliches.

Das Hakenkreuz veranlaßte dieser Tage vor einem Berliner Gericht eine aufgeregte Szene. Der freiheitsparteiliche Abgeordnete Major a. D. Henning hatte einen seiner Parteigenossen, namens Bock, verklagt, weil letzterer ihn in der Nationalsozialistischen Freiheitspartei beleidigt habe. Zu der Verhandlung erschien der Abg Henning mit einem großen Hakenkreuz auf dem Ueberrock. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Friedländer, ersuchte den Abgeordneten, das Hakenkreuz zu entfernen, da er im Gerichtssaal als Verhandlungsleiter das Tragen dieses Abzeichens nicht dulde. Abgeordneter Henning weigerte sich, das Hakenkreuz zu entfernen mit der Erklärung, daß keine Bestimmung vorhanden sei, die das Tragen des Hakenkreuzes in Deutschland verbiete. Das Hakenkreuz sei das offizielle Abzeichen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, und er lege es sogar zu den Reichstagssitzungen an. Die Sache endigte damit, daß der Richter sowohl von seiten des Rechtsanwalts des Klägers, Dr. Sack wie auch von seiten des Beklagten als befangen abgelehnt wurde. Der Vorsitzende verkündete gegen den Abgeordneten Henning die Verhängung einer Ordnungsstrafe von 50 Goldmark.

Todesurteil gegen einen Raubmörder. Das Gubener Schwurgericht verhandelte gegen den Schlosser Munzinger aus Berlin wegen Raubmordes. Munzinger, erst 24 Jahre alt, hatte im Juni vorigen Jahres mit zwei anderen Berliner Einbrechern, Stachowiak und Hoffmann, eine Reise nach der Umgegend von Guben unternommen, um auf den Dörfern Einbrüche zu verüben. Dabei übernachteten sie am 20. Juni in einer Fischerhütte am Hunzendorfer See. Am nächsten Morgen, als sich Hoffmann entfernt hatte, ermordete Munzinger seinen Komplizen durch einen aus nächster Nähe abgegebenen Schuß in den Hinterkopf und raubte ihm das Geld. Das Gericht verurteilte Munzinger zum Tode.

—:—

Vermischtes.

Der Judaslohn für den Verrat von Port Arthur. In Ofenpest spielt sich zurzeit ein Prozeß ab, dessen Vorgeschichte in die Zeit des russisch-japanischen Krieges fiel. Man vermutete immer, daß Port Arthur durch Verrat in die Hände der Japaner gelangt sei; dieser Prozeß scheint die Bestätigung zu bringen. Der russische Oberst Tylonsk lieferte die Pläne der Festung aus und erhielt 46 Millionen Yen. Der Jude Abraham Sterz setzte die Diskontierung bei der Lloyd-Bank für den Oberst durch, und zugleich für sich eine Provision von 50 000 Pfund. Ein Teil der Provision wurde ausgezahlt, über den Rest erhielt Sterz von der Bank einen Wechsel, mit dem er bei Ausbruch des Weltkrieges England verlassen mußte. In Holland aber diskontierte ihm ein Hotelbesitzer diesen Wechsel, als jedoch nachher die Bank die Annahme verweigerte, wurde Sterz vom Hotelbesitzer verklagt und erzählte vor dem Gericht in Ofenpest, wohin er übersiedelt war, die Geschichte von seiner Provision für den Verrat von Port Arthur. Das Gericht will von der englischen Bank Auskunft einholen.

Ein sonderbarer Vertreter Deutschlands. Als in den ersten Monaten des Krieges ein deutscher Sendbote nach Schweden geschickt werden sollte, um das schwedische Volk über die politische Lage aufzuklären, da fiel die Wahl auf Erzberger. Diese Tatsache streift Rudolf Eucken in seiner neuesten bedeutsamen Schrift „Ethik als Grundlage des staatsbürgerlichen Lebens" dazu: „Ein Zentrumsmann mußte in das rein lutherische Land gehen, um die Sache zu vertreten!" Bethmanns Schwäche und Erzbergers Vordringlichkeit mögen damals zusammengewirkt haben.

—:—

Volksleben und Wirtschaft.

Die Wirtschaftswoche.

Die Erkenntnis, daß es mit den bisherigen Maßnahmen der Reichsbank — Abdrosselung der Kredite zum Zwecke der Herauspressung der Devisenvorräte — und der aus spekulativen Gründen zurückgehaltenen Warenvorräte — nicht weiter geht, daß diese Eisenbahnkur die deutsche Wirtschaft einer unübersehbaren Katastrophe entgegentreiben muß, wird immer allgemeiner. Auch Preissenkungen, ja selbst Schleuderpreise vermögen die Absatzstockung nicht zu beseitigen. Außerdem erhebt beispielweise die belgische Eisenindustrie ein gewaltiges Zetergeschrei wegen der Verlustverkäufe der deutschen Eisenindustrie auf dem Weltmarkte. Es zeigt sich auch, daß die Auflösung der Warenläger nicht ohne ausreichenden Wechselkredit vorgenommen werden kann. Womit sollen die Käufer dieser Läger bezahlen, wenn der Verkäufer ihre Wechsel nicht diskontieren kann? Außerdem fürchten viele Fabriken, beim Verkauf ihrer Waren bei den Abnehmern angesichts der allgemeinen Unsicherheit Verluste zu erleiden. Sie halten daher lieber ihre Fabrikate zurück oder nehmen starke Betriebsstillegungen vor. Es muß verlangt werden, daß die Reichsbank gesunden Unternehmungen Kredite zur Aufrechterhaltung der Betriebe gibt. Die Steuerschraube muß gemildert werden. Der Staat hat zurzeit sehr hohe Einnahmen, die Ansammlung von öffentlichen Geldern, die man auf über 600 Millionen Goldmark schätzt, beweist es. Zum mindesten muß verlangt werden, daß diese Gelder zu Krediten an die Industrie verwendet werden. Man ermäßige auch die Umsatzsteuer und die Eisenbahntarife. Dann werden die Preise sich automatisch, ohne Erschütterung weiterer Wirtschaftskreise ermäßigen, die Produktionskosten werden sich verringern und die deutsche Industrie wird wieder im Auslande wettbewerbsfähig werden. Wenn der Arbeiter, der Angestellte für seinen Lohn durch Verbilligung der Waren mehr erhalten wird, wenn er also kaufkräftiger wird, werden auch die Lohnbewegungen aufhören, die das stärkste Hindernis für einen Preisabbau, für die Wiederherstellung der Exportfähigkeit sind.

Von der Börse. Der Beschluß der Großbanken, eine Notstandsaktion für die Börse zu unternehmen und gemeinsam eine bestimmte Summe bereitzuhalten, um im Falle eines neuen scharfen Angebotes das Material aufzunehmen, hat psychologisch einen starken Eindruck gemacht. Die Angstverkäufe hörten auf und damit verstummten auch plötzlich die Gerüchte über Schwierigkeiten zahlreicher Bankfirmen und Bankhäuser. Es ist unverkennbar, daß die Börse einen gewissen inneren Halt bekommen hat. Die Vertrauenskrisis hat anscheinend ihren Höhepunkt überschritten. — Auch am Börsengeldmarkte hat die Zunahme des Vertrauens tiefgehende Spuren hinterlassen. Tägliches Geld ging bis auf dreiachtel pro Mille, Monatsgeld, das noch vor kurzem fast gar nicht erhältlich war, auf etwa 2 Prozent zurück. Die Geldgeber haben wieder Vertrauen, weil die Furcht vor neuer starker Entwertung der Effektendepots geschwunden ist. Der Rückstrom von Devisen und eine mäßige weitere Zunahme der Einlagen sowie neue Auslandskredite haen die Banken etwas flüssiger gemacht. Dagegen bleibt freilich die Geldsituation in der Industrie überaus ungünstig. Es verlautet allerdings, die Reichsbank werde, vielleicht aus öffentlichen Mitteln, der Industrie gewisse neue Kredite gewähren. Amerika zeigt sich bereit, nicht nur der Golddiskontbank, sondern auch der Industrie Kredite einzuräumen.

Die Lage der Textilindustrie. Die Lage der Textilindustrie ist sehr kritisch und man wird für die nächsten Wochen eher eine Verschärfung der Krise erwarten müssen. Die angekündigte Maßnahme der Regierung, Abbau des Geschäftsaufsichtsverfahrens, wird ein noch größeres Warenangebot auf den Markt bringen und die Preise drücken, aber andererseits wird dadurch die „Gesundungskrise" abgekürzt.

—:—

Stadt. Kreis. Provinz.

Das Schützenfest, das Ereignis für Stolp in der Vorkriegszeit, dann während der Kriegs- und Nachkriegszeit etwas in den Hintergrund gedrängt, ist dieses Jahr wieder in altem Glanze auf dem Plane als Volksfest erschienen; vollbestellt ist der Stephansplatz mit allen den Sehenswürdigkeiten und Belustigungen, die stets den hellsten Jubel der Jugend auslösen, wobei der Begriff „Jugend" oft recht weit ausgedehnt war! Zwei Momente allerdings scheinen in diesem Jahre der Lust Zügel anlegen zu wollen, erstens einmal die große Seltenheit der Rentenpfennige und zweitens hat heute der Himmel ein recht grämliches Gesicht aufgesetzt, nachdem er noch am gestrigen Sonntage so freundlich den Stolper Schützentrubel sich angesehen. Nun, vielleicht wird's noch, und auf diese Hoffnung hin ein vergnügtes Schützenfest!

Vom pommerschen Arbeitsmarkt. Die steigenden Klagen über Mangel an Absatz sowie die immer allgemeiner werdende Kreditnot haben zu einer wachsenden Wirtschaftskrise geführt und auch die Lage des Arbeitsmarktes weiterhin ungünstig beeinflußt. Wenn auch die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden im Vergleich zur Vorwoche nur ein Mehr von rund 206 Personen aufweist, so hat sich doch die Zahl der Kurzarbeiter erheblich erhöht und ist die Aufnahmefähigkeit verschiedener Industrien und Gewerbe fast vollkommen geschwunden, sodaß auch die Aussichten für die nächsten Wochen als ungünstig beurteilt werden müssen.

Auch die Sonnenwendfeiern verboten! Von mehreren Städten Pommerns — u. a. Lauenburg und Schivelbein — geplante Sonnenwendfeiern wurden verboten. — Daß auch Sonnenwendfeiern die Republik gefährden sollen, dürfte allerdings unerfindlich sein!

Zugverspätung infolge Gleisverwerfung. Sonnabend mittag entstand bei Schivelbein infolge der Hitze eine Gleisverwerfung, durch welche Betriebsstörungen hervorgerufen wurden. Die Züge erlitten zum Teil größere Verspätungen Bis zum Nachmittag war die Betriebsstörung wieder behoben

An der Ottofeier der Katholiken Pommerns, die am 28., 29. und 30. Juni in Stettin begangen wird, nehmen auch der Kardinal-Fürstbischof von Breslau und der Erzbischof von Bamberg Dr. v. Hauck teil.

Schlawe, 21. Juni. Ferkelmarkt. Aufgetrieben waren 313 Stück. 4—6 Wochen alte Ferkel kosteten 10—13 Mark, 6 bis 8 Wochen alte 14—18 Mark. Der Markt wurde nicht geräumt.

Lauenburg. Verhaftet. — Der Brand in der Mühlenstraße vom zweiten Pfingstfeiertage scheint noch ein Nachspiel zu haben. Am Donnerstag besichtigte der Oberstaatsanwalt aus Stolp die Brandstelle Es wurden photographische Aufnahmen gemacht und Zeugen vernommen. Darauf wurde der Kaufmann Ernst R. wegen dringenden Verdachts der Brandstiftung verhaftet. — Eingeleitete Untersuchung. — Im Juli 1922 wurde der Besitzer Blum aus Perlin auf der Fahrt vom Jahrmarkt auf dem Wege in der Nähe von Küssow ermordet. Die Täter hatten den Wagen und die Pferde in Lauenburg verkauft. Es gelang nicht, die Täter zu verhaften. Seit längerer Zeit ist nun gegen einen Mann aus Schimmerwitz eine Untersuchung eingeleitet, die kurz vor dem Abschluß steht. Er befindet sich seit Wochen in Haft.

Danzig. Am Mittwoch hat das Postflugzeug „D. Z. 3" der Danziger Luftreederei die Strecke Königsberg-Danzig (150 Kilometer) in 40 Minuten zurückgelegt. Das entspricht einer Stundengeschwindigkeit von 230 Kilometern.

* * *

Strafkammer

Vor der großen Strafkammer des hiesigen Landgerichts gelangt heute die Strafsache gegen den Hotelbesitzer Schmidt wegen Verleitung zum Meineide in der Berufungsinstanz zur Verhandlung. Der Angeklagte wurde bekanntlich vom hiesigen Schöffengericht zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, gegen welches Urteil er Berufung einlegte. Die nach Verlesung des Schöffengerichtsurteils erfolgte Vernehmung des Angeklagten ergibt das gleiche Bild wie in der Vorverhandlung. In dem Verfahren wegen Steuerhinterziehung ist der Angeklagte inzwischen zu 7500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die hinterzogene Steuer beträgt 1000 Mark. Der Angeklagte bleibt dabei, er könne garnicht die Absicht zur Verleitung zum Meineide gehabt haben, da ihm von mehreren Juristen erklärt worden sei, daß bei einem Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung der Zeuge Dobrczinsky als Mitschuldiger in Frage komme und als solcher nicht vereidigt werden könne. Da wieder eine große Anzahl Zeugen geladen ist, dürfte die Verhandlung sich bis in die späten Abendstunden hinziehen.

Handelsnachrichten.

Mittagsbörse (Amtlich) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 136--142. Mitteldeutscher —.— Roggen Märk. 114—124, Westpr. 110—112. Pomm. —.— Meckl. —.— Braugerste 140—149. Futtergerste 129—135. Hafer Märk. 115—125.

Weizenmehl 20,25-23,00 Roggenmehl 17,50-20,25 Weizenkleie 8,30. Roggenkleie 8,60. Raps 220.

Viktoriaerbsen 19-20. Kleine Speiseerbs. 13-15. Futtererbs. 12-13. Peluschken 10—11. Ackerbohnen 13—14 Wicken 11—12. Lupinen blaue 9—10, gelbe 13—14. Seradella —.— Rapskuchen 8,60. Leinkuchen 16—17. Trockenschnitzel 6,20. Kartoffelflocken 16.

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin 21. Juni 1924. 1. Qualität 1,40, 2. Qualität 1,35, abfallend 1,22 Goldmark.

Tendenz: ruhig.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 21. Juni 1924.

Amtlicher Bericht.

Auftrieb: Rinder 2563 Stück, darunter 905 Bullen, 477 Ochsen, 1811 Kühe und Färsen; Kälber 1400 Stück; Schafe 10475 Stück, Schweine 8179 Stück; Ziegen 6 Stück; — Ferkel: — Auslandsschweine.

	Preise in Goldpfg. für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:	
A. Ochsen:	
a) vollfleisch., ausgem., höchst. Schlachtw. ungej. (1. Stallmast, 2. Weidem.)	38—40
b) dto. dto. im Alter von 4—7 Jahren	33—36
c) junge, fleischig nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete	28—31
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere	24—25
B. Bullen:	
a) vollfleischige, ausgewachs. höchsten Schlachtwerts	36—38
b) vollfleischige jüngere	33—36
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	28—31
C. Färsen und Kühe	
a) vollfleischige, ausgemäst. Färsen höchsten Schlachtwerts	32—40
b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	32—40
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	25—30
d) mäßig genährte Kühe u. Färsen	20—25
e) gering genährte Kühe u. Färsen	15—18
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	24—27
II. Kälber.	
a) Doppellender feinster Mast	—
b) feinste Mastkälber	52—60
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber	42—48
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber	35—40
e) geringe Saugkälber	25—30
III. Schafe.	
A. Stallmastschafe:	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	38—42
b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	25—35
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	15—20
B. Weidemastschafe:	
a) Mastlämmer	—
b) geringere Lämmer und Schafe	—
IV. Schweine.	
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine 240—300 Pfd. Lebendgewicht	45—46
c) vollfleischige Schweine 200—240 Pfd. Lebendgewicht	44—45
d) vollfleischige Schweine 160—200 Pfd. Lebendgewicht	42—43
e) vollfleischige Schweine 120—160 Pfd. Lebendgewicht	40—42
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	37—41
g) Sauen	38—41
Ziegen	15—20

Marktverlauf: Bei Rindern langsam. Ueberstand. Bei Kälbern langsam. Ueberstand. Bei Schafen schleppend, Ueberstand. Bei Schweinen ziemlich glatt.

Amtlicher Bericht vom Magerviehhof Friedrichsfelde vom 20. Juni.

Auftrieb: 48 Rinder, 531 Milchkühe, 11 Zugochsen, 10 Bullen, 6 Stück Jungvieh, 132 Kälber, 695 Pferde, 2 Maultiere, 4 Schafe, 2 Schweine. Verlauf des Marktes: Sehr langsam bei weichenden Preisen. Es wurden gezahlt für Milchkühe und hochtragende Kühe 1. Klasse 270—420, 2. Klasse 230—270, 3. Klasse 140—230. Ausgesuchte Kühe über Notiz. Tragende Färsen 1. Klasse 240—340, 2. Klasse 170—240, Ausgesuchte Färsen über Notez. Ochsen 32—40, Jungvieh zur Mast, Bullen, Stiere und Färsen 25—32. Pferde 1. Klasse 1200—1600, 2. Klasse 900—1200, 3. Klasse 600—900, 4. Klasse 300—500; schleppendes Geschäft bei wenig veränderten Preisen.

H. M. Preisabbau in allen Abteilungen

In einem Schaufenster kann man nicht Alles zeigen, daher bitte ich um zwanglose Besichtigung meins Lagers.

Hermann Mundt, Neutorstraße 4 gegenüber „Hotel Kaiserhof"

Die glückliche Geburt eines gesunden Stammhalters zeigen hocherfreut an.

Stolp, den 21. Juni 1924.

Carl Bernhardt u. Frau
Clara geb. Milsow.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital (für das Kalenderjahr 1923) zum Zwecke der Feststellung der Vorauszahlungen für das Kalenderjahr 1924.

I. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet: alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, die im Bezirke des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Stolp eine Betriebsstätte unterhalten, wenn sie am 31. 12. 1923 ein Vermögen von mehr als 4 800.— Goldmark besessen haben.

II. Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 16. bis 30. 6. 1924 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich der Sitz oder die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können vom 14 d. Mts. ab vom Steueramt der Stadt Stolp — Hospitalstraße 4 — bezogen bezw. während der Vormittagsdienststunden von 8 bis 1 Uhr in Empfang genommen werden. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden des zuständigen Gewerbesteuerausschusses gegenüber abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht abhängig.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird ebenfalls bestraft.

Stolp, den 12. Juni 1924.

Der Vorsitzende des Gewerbesteuerausschusses für den Bezirk des Stadtkreises Stolp.
gez. Dr. Eylert.

Vorstehende Aufforderung hängt vom 14. bis einschl. 30 Juni im Schaukasten des Rathauses und im städt. Steueramt öffentlich aus.

Verdingung.

Zur Verdingung der nachstehend bezeichneten Lieferungen und Leistungen

Dachdeckerarbeiten einschließlich Material

für die Neubauten an der **Goethestraße** und des **Rentnerheims,** Südflügel an der Stiftstraße ist Termin auf **Freitag, den 27. Juni d. Js.** vormittags 11 Uhr im Stadtbauamt, Zimmer 39 des Rathauses anberaumt, wo auch die Verdingungsunterlagen ausliegen bezw. gegen Erstattung der Schreibkosten entnommen werden können.

Angebote nebst Baustoffproben sind post- und bestellgeldfrei, verschlossen und gehörig bezeichnet spätestens zum Termin einzureichen. Später eingehende Angebote werden nicht berücksichtigt. Zuschlagsfrist 21 Tage.

Stolp, den 19. Juni 1924

Der Magistrat.

Städtische Volksbücherei.

Laut Satz 5 der Leihordnung müssen sämtliche entliehenen Bücher zu Mittwoch, den 25. d. Mts zurück gegeben werden. Während der großen Schulferien bleibt die Bücherei geschlossen. **Wiedereröffnung: 6. August.**

Der Vorstand.

Bruchleiden

Brüche sind heilbar ohne Operation, ohne schmerzhafte Einspritzung, vollständig ohne Berufsstörung.

In Behandlung kommen: **Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nabel- und Bauchbrüche.**

Sprechstunden in **Stolp: Montag, den 30. Juni, vormittags 9—2 Uhr, Preußischer Hof.**

Dr. med. H. L. Meyer, Spez. Arzt f. Bruchleiden, **Hamburg,** Schaumburgerstraße 4.

Ich war wegen meines linksseitigen Leistenbruches bei Herrn Dr Meyer Hamburg in Behandlung und kann bestätigen, daß mein Bruch vollkommen verheilt ist. Ich habe keine Schmerzen mehr an der Bruchstelle und fühle mich jetzt sehr wohl. Ich kann jedermann diese Behandlung empfehlen. In meinem Beruf habe ich keine Einbuße gehabt.

Neustettin i Pom.

Hermann Priefer, (Eis.-Rottenführer.)

Um die Leidenden vor den Pfuschern zu schützen, die mir es nachzumachen versuchen, liegen über **100 amtlich beglaubigte Zeugnisse** aus allen Gegenden in der Sprechstunde aus.

Offeriere zu billigsten Preisen

Bau- und Tischler-Holz
Rauhspund u. Hobeldielen
Fußleisten in bekannter Höhe

Leopold Moeller

Küsterstraße 36. Fernsprecher 780.

Pflegen Sie Ihre Garten- und anderen Kulturen durch künstliche Besprengung mittels unserer

Wasserschläuche

in stets haltbaren Qualitäten.

Franz Bartels & Co., Stolp

Präsidentenstr. 19 : Telephon 133

Fachgeschäft technischer Gummiwaren

Maschinen- Zylinder- Motoren- Zentrifugen- Auto- Leder-
Maschinen- Wagen- Leder- Huf-

Oele Fette

Ia. Treibriemen
2-teilige Holzriemenscheiben

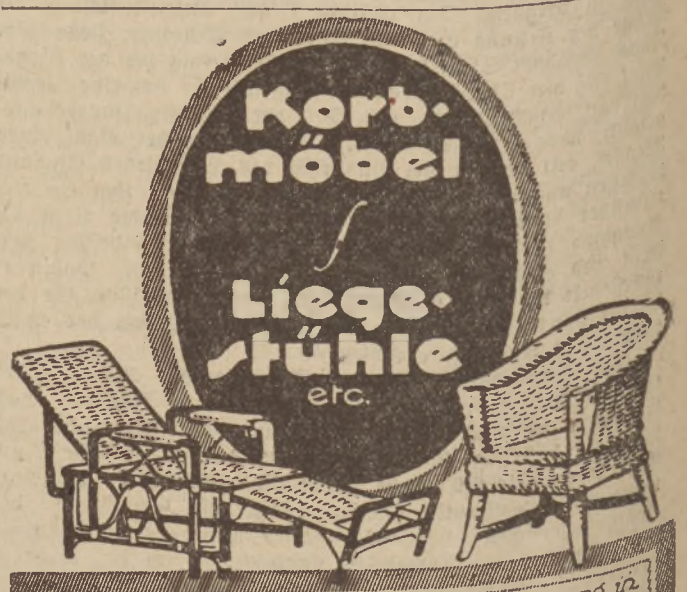
J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.
Fernspr. 792. Gegr. 1862.

Jeder Stand trinkt Brandt

Aechter Brandt Caffee

Marke »Pfeil«

Vollkommenster Kaffeezusatz nicht immer der billigste, aber der beste von Qualität und daher doch am preiswertesten! In jedem einschl. Geschäft zu haben!



in nur bester und geschmackvoller Ausführung in Weide und Rohr für Sanatorien, Krankenanstalten, Warteräume u.s.w.
beziehen Sie am vorteilhaftesten, da kein Zwischenhandel, beim
Oberfränkischen Korbmöbel-Versandhaus Kronach (Oberfranken).

Umzüge

von und nach allen Orten sowie in der Stadt führt aus

Paul Schmidt, Bahnspediteur
Fernruf 67 u 68

Stines Quellsalz
zum Gurgeln bei Katarrhen.

Zuverlässige **Zeitungsträger** für sofort gesucht.
Verlag der Zeitung „Stolper Post."

Kirchliche Anzeige
von Lettow-Pomeiske-Stift.
Donnerstag, d. 26 Juni 1924 nachm 5 Uhr Gottesdienst.
Superintendent Witte

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Georg Ziemann in Stolp. Druck und Verlag F. W. Feige's Buchdruckerei in Stolp.